ROTE KOMMENTARE

3.11.1969

Herausgeber: Betriebsprojektgruppe des SDS Heidelberg,
69 Heidelberg, Sandgasse 7

Die SPD übernimmt die Regierungsgeschäfte

Mit 251 zu 235 Stimmen hat der Bundestag Herrn W. Brandt zum Bundeskanzler gewählt. Die CDU tritt ab, die SPD übernimmt zusammen mit der FDP die Regierung.

In der Wirtschaftskrise 1966/67 mußte der CDU-Kanzler Erhard zurücktreten, die SPD wurde in der Großen Koalition an der CDU-Regierung beteiligt, um "den Karren aus dem Dreck zu ziehen", damit die Unternehmergeschäfte wieder florieren. Die SPD legte sich schwer ins Zeug: erst mal wurde die "Konzertierte Aktion ins Leben gerufen", d.h. das Lohnniveau wurde rigoros niedrig gehalten. Die Lohntüten wurden immer dünner. Bald danach kamen noch Notstandsgesetze dazu, um etwa protestierende Arbeiter mit polizeistaatlichen Methoden niederhalten zu können. Gegen Ende der Großen Koalition waren die Löhne immer noch nicht nennenswert gestiegen - dank der Konzertierten Aktion. Da wurde es vielen Kollegen zu bunt: Sie pfiffen was auf ihren"Dirigenten" und traten in den Streik.

Bald darauf machten sie auch der CDU/SPD Regierung den Garaus. Jetzt haben wir also eine SPD-Regierung. Das war sicher ein wichtiger Schritt. Aber jetzt erklärt der neue Bundeskanzler schon wieder, er wolle die "Konzertierte Aktion" fortsetzen. Also immer noch Absprachen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften! Was dabei rauskommt, haben wir schon gesehen. Schauen wir uns gründlich an, was das wohl für eine neue Regierung ist und was die SPD für eine Partei ist!

Die SPD eine Arbeiterpartei ?

Zwar will die SPD keine Arbeiterpartei sein, aber gewählt wurde sie vor einigen Wochen vorwiegend von den Arbeitern. Im Wahlkampf hat die SPD auch deutlich versucht, als "Partei der Arbeitnehmer" aufzutreten. Der jetzige Finanzminister Alex Möller (Wahlkreis Heidelberg) hat sich sogar für "vorsichtige Sozialisierungsmaßnahmen" ausgesprochen, d.h. dafür, daß man den Unternehmern endlich wegnimmt, was die Arbeiter und nur die Arbeiter geschaffen haben. Im kleineren Kreise sagte er sogar mal, Daß "der Kapitalismus eine überholte Sache sei". Aber das sagte er - wie auch sonst die SPD - zu den Arbeitern. Jetzt, wo die Arbeiter SPD gewählt haben, sieht die Sache anders aus. Als allerersten hat der SPD-Bundeskanzler den Chef des Unternehmerverbandes empfangen. Dem wird er kaum etwas von Enteignung erzählt haben! In Wirklichkeit glauben auch die wenigsten Arbeiter, daß die SPDlinks ist und sich für die Interessen der Arbeiter einsetzt, schließlich hat sie ja auch die Notstandsgesetze verabschiedet, Gesezte, die die brutale Niederschlagung von Streiks legitimieren und mit denen die Arbeiter zur Zwangsarbeit gezwungen werden können. Aber viele Arbeiter und Studenten glauben noch immer, daß sie von der SPD was zu erwarten hätten, daß die SPD eine Alternative zur CDU ist. Sie meinen, daß die SPD sich nur in der Großen Koalition komprimittiert hätte, daß sie - einmal "an der Macht" - schon wieder zu ihrem alten Kurs zurückfinden würde. Alex Möller hat auf einer Wahlveranstaltung in Heidelberg erklärt: Die SPD vertritt seit 100 Jahren die Interessen der Arbeiter, sie wird das auch weiter tun. In Wirklichkeit haben die Arbeiter seit 60 Jahren bloß die allerschlechtesten Erfahrungen mit der SPD gemacht. Und das wird sich ausgerechnet jetzt bestimmt nicht ändern! Die SPD ist nicht die Partei der Arbeiter, sondern die Partei der Arbeiterverräter. Sie hat immer und immer wieder die Hoffnungen der Arbeiter verraten und betrogen. Sie hat die Arbeiter verkauft und verschaukelt, wo sie nur konnte.

Zur Geschichte der SPD

Aus verstreuten Arbeiterorganisationen ging 1863 unter der Führung von Ferdinand Lasalle der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hervor, den die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zurecht für ihren historischen Ursprung nimmt. Lassalle wollte die Lage der Arbeiter von Grund auf verbessern, indem er hoffte, daß der Staat sich der Arbeiter annehmen müßte. Er wandte sich deshalb an Bismarck, der nach einiger Zeit denn auch prompt die SPD verbieten ließ und ihre führenden Köpfe ins Gefängnis steckte. Im Gefäng-

Inhalt:

Die SPD übernimmt die Regierungsgeschäfte

Der Ordnung wegen. (Nachwirkungen der September Streiks)

nis verging manchem der Glaube an den Staat und nach der Aufhebung des SPD-Verbots konnte die Sozialdemokratie für ein Viertel Jahrhundert mit hervorragenden Arbeiterführern und Revolutionären wie August Bebel, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu einer proletarischen Klassenpartei werden, die eine große Zahl sozialistischer Arbeiter heranbilden konnte. Die großartigen Gedanken der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, gelangten ins Bewußtsein immer größerer Teile der deutschen Arbeiterklasse, die sie in Massenstreiks und mächtigen Demonstrationen in die Praxis umsetzten. Das Ende dieser Periode war gekennzeichnet von einem Sreit um den richtigen Weg zur Befreiung der Arbeiter. Die einen meinten, daß die SPD durch einen Wahlsieg an die Regierung kommen könnte und dann alles Notwendige sich von selbst ergeben würde, während der revolutionäre Flügel um Rosa Luxemburg an der Notwendigkeit der Revolution festhielt.

Der erste große Verrat

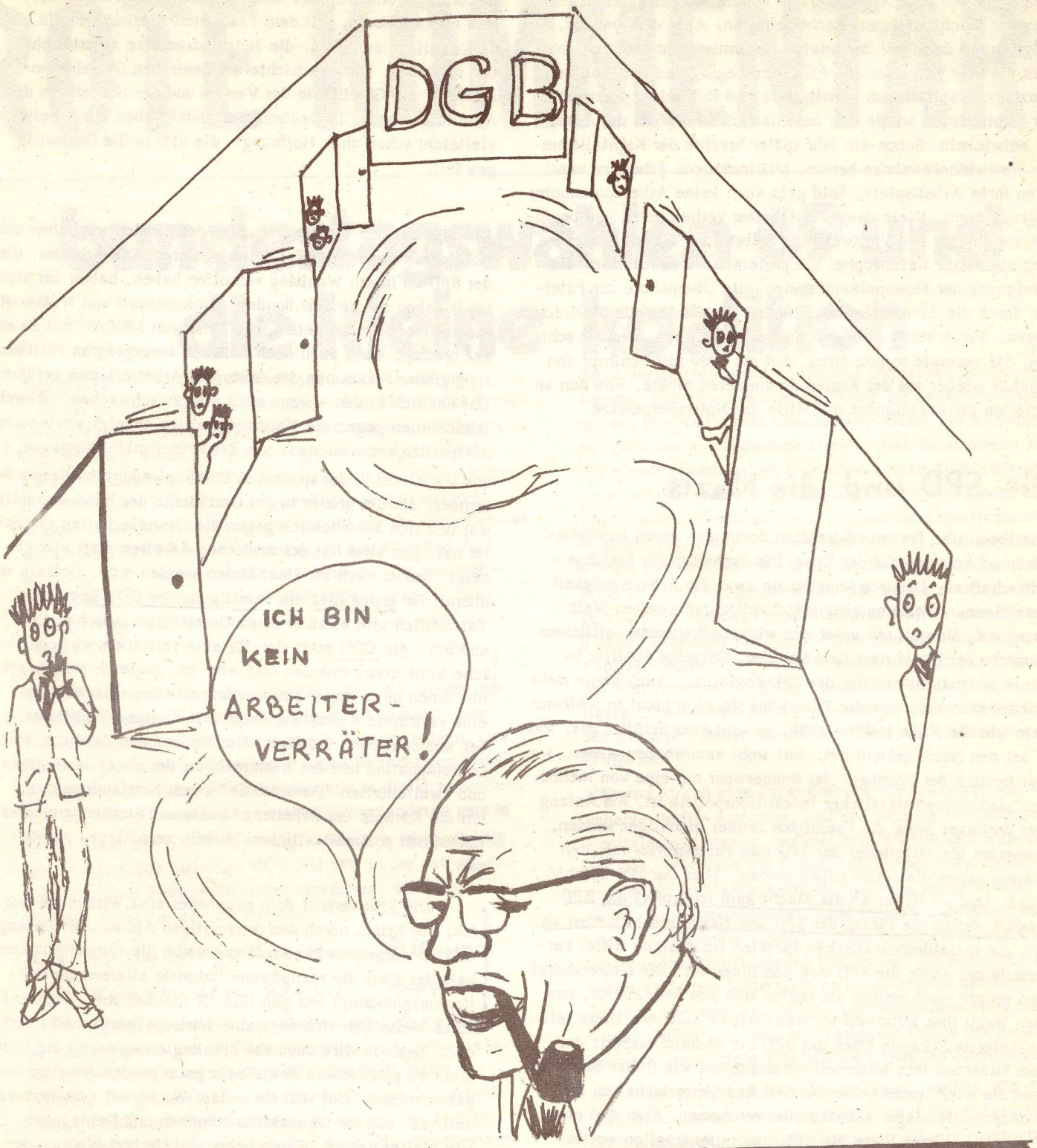
Dadurch, daß die SPD zu einer großen Partei geworden war, war auch ihr Verwaltungsapparat angeschwollen. Dieser Apparat wurde durch Parteibürokraten dirigiert. Dadurch kamen in der SPD immer mehr berufsmäßige Funktionäre an die Macht, denen engstirnig und borniert die bloße Erhaltung des Parteiapparats und ihre Karriere in demselben wichtiger war als die Sache der Arbeiter. So behielt zwar in dem Streit um Wahlsieg oder Revolution der revolutionäre Flügel zunächst die Oberhand, in Wirklichkeit war aber die SPD innen schon verfault und hohl. In jeder Sonntagsrede versicherte man den Arbeitern, daß die SPD den Krieg bekämpfen werde, als aber der 1. Weltkrieg ausbrach, sackte der ganze aufgeblähte Haufen in sich zusammen: fast geschlossen stimmten die SPD-Bonzen dem Krieg zu und schickten damit Millionen von deutschen Arbeitern in den Krieg gegen die Millionen Arbeitern anderer Länder, um sich im Interesse der Kapitalisten gegenseitig umzubringen. Die Heuchelei der Parteibürokrtaten wurde zum offenen Arbeiterverrat. Die, die sich an diesem Verrat nicht beteiligten, allen voran Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, wurden eingesperrt. Da wurde großen Teilen der deutschen Arbeiterklasse zum ersten Mal bewußt, daß sie von "ihrer" Partei, der SPD, verkauft worden waren, und als der Krieg zu Ende war, bewaffneten sich die deutschen Arbeiter, um das Kapital und seinen Staat endgültig zu beseitigen. Aber die SPD ging in die Regierung. Mit Waffengewalt und Lügen erstickte sie die Novemberrevolution. Reihenweise ließ sie deutsche Arbeiter erschießen. Sie ließ auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermorden. Große Teile der deutschen Arbeiterklasse haben der SPD zulange geglaubt. Viele von ihnen haben es mit dem Leben bezahlt.

"Erfolge" der SPD

Die eine Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Wie war es möglich, daß nach dem offensichtlichen Verrat der SPD die größten Teile der deutschen Arbeiterschaft immer noch an der SPD festhielten, ihr immer noch folgten? Denn nach 1918 war die Arbeiterbewegung in sich gespalten: Eine Minderheit folgte der KPD, die wenigstens zu Anfang an den Einsichten von Marx und Lenin festhielt; die Mehrheit aber ist bis heute der SPD "treu" geblieben. Ein Teil der Erklärung liegt sicher darin, daß die SPD den Arbeitern immer etwas anderes vorredete, als sie in Wirklichkeit vorhatte und tat. Aber das war schließlich so offensichtlich, daß jeder es merken mußte. Lenin hat das durch seine These von der "Arbeiteraristokratie" zu erklären versucht: durch den Imperialismus, d.h. durch die Ausbeutung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, werden die Profite der Kapitalisten so groß, daß sie es sich leisten können, den Lohn der Arbeiter vergleichsweise hoch anzusetzen. Wir wissen, daß viele Kollegen heute stolz darauf sind, daß sie ein eigenes Auto und vielleicht sogar ein eigenes Haus haben. Das ist natürlich alles viel zu wenig. Denn sie müssen sich trotzdem acht Stunden oder mehr am Tag abschuften. Und der Lohn ist verdammt mager, während die Unternehmer riesige Summen einstecken, ohne zu arbeiten. Was ist dagegen schon ein eigenes Auto! Aber manche Kollegen bilden sich ein, wenn sie ein eigenes Auto haben, wären sie schon keine Arbeiter mehr, sondern "was besseres". Aber ein Arbeiter ist ein Arbeiter, weil er für Lohn arbeiten muß. Und ein Unternehmer ist nicht Unternehmer, weil er ein Auto hat, sondern weil er andere für sich arbeiten läßt.

Nun ist die SPD gerade die Partei, die so tut, als würde es durch ihre Politik den Arbeitern allmählich Stück für Stück immer etwas besser gehn. Das entspricht genau den Erwartungen der meisten Kollegen. Wie sieht es denn aber in Wirklichkeit aus? Der größte Fortschritt, den es für die Arbeiter je gegeben hat, war die Durchsetzung des 8-Stunden-Tags. Früher mußten die Arbeiter nämlich 15 Stunden und noch mehr am Tag arbeiten. Aber der 8-Stunden-Tag wurde nicht von einer SPD-Regierung erlassen, sondern von Arbeitern in eben jener Novemberrevolution erkämpft, die schließlich von der SPD so blutig unterdrückt wurde. Und Wie steht es mit dem Lohn? Die letzte Lohnerhöhung wurde von den Arbeitern in den Streiks im September schließlich selber durchgesetzt! Da hat die SPD nichts dazu getan. Aber jetzt steigen schon wieder die Preise und denmächst gibt es wieder Kurzarbeit usw. Wo sind dann unsere Lohnerhöhungen geblieben? - Es gibt letzten Endes nur eine Lösung für die Arbeiter: die Unternehmer enteignen und die Verfügung über die eigene Arbeit selbst in die Hand nehmen. 1917 haben die russischen Arbeiter diesen Weg beschritten. Sie sind vorerst mal allein geblieben. Und die weitere Entwicklung in der Sowjetunion und in der DDR ist schließlich auch nicht gerade so verlaufen, daß das die Länder sozialistischer Freiheit sind, für die zu kämpfen sich lohnt. Dazu sind sie noch von den westdeutschen Kapitalisten und der SPD systematisch verteufelt worden. Die Arbeiter können sich also an keinem Vorbild orientieren. Sie müssen den kühnen Schritt in die Zukunft auf sich allein gestellt wagen. Dazu werden sie aber nur in einer ausdrücklichen Gefahr bereit sein und nach einem gründlichen Studium ihrer eigenen Geschichte. Da die ganze bestehende Gesellschaft sich verschworen hat, dies Studium zu verhindern, sehen die meisten Kollegen immer noch keine andere Möglichkeit, als an die Versprechungen der SPD so halb und halb zu glauben.

1928 gelang der SPD der erste Wahlsieg. Zum ersten Mal übernahmen die Sozialdemokraten die Regierungsgeschäfte. Scheinbar hatten die Parteibürokraten, die schon immer be-



→

Die SPD ist seit 60 Jahren nicht mehr die Partei der Arbeiter, sondern eine Clique von Agenten des Unternehmertums, die die Unternehmer vorschieben, um die Arbeiter zu täuschen. Auch diesmal wird die SPD die Hoffnungen, die Millionen von Arbeitern in die Wahl der SPD gesetzt haben, bitter enttäuschen. Karl Marx hat erklärt, daß die Regierung der "geschäftsführende Ausschuß der herrschenden Klasse" der Kapitalisten ist. Wenn jetzt die SPD die Regierungsgeschäfte übernimmt, übernimmt sie die Geschäfte der Unternehmer. Sie kann das nur, weil sie die Interessen der Unternehmer vertritt, nicht die der Arbeiter.

Die Regierungserklärung W. Brandts

Die Regierungserklärung W. Brandts ist in einer nichtssagenden und verschwommenen Sprache verfaßt. Aber sie läßt keinen Zweifel daran, wessen Interessen hier vertreten werden. Da heißt es z.B. : "Die strikte Beachtung der Formen(!) parlamentarischer Demokratie ist selbstverständlich für politische Ge-

hauptet hatten, die Arbeiterklasse könnte auf parlamentarischem Weg die Macht erringen, Recht behalten. Aber dies war nur möglich um den Preis der totalen Anpassung; nur möglich, indem die SPD Verrat an den Arbeitern beging und sich voll und ganz dem Kapitalismus prostituierte und sich selber vormachte, der Kapitalismus würde sich automatisch zum Wohl der Arbeiter entwickeln. Schon ein Jahr später brachte der Kapitalismus die Weltwirtschaftskrise hervor. Millionen von Arbeitern verloren ihren Arbeitsplatz. Bald gabs auch keine Arbeitslosenunterstützung mehr. Viele deutsche Arbeiter verhungerten und begingen vor Hunger und Verzweiflung Selbstmord. Es gab nur einen Weg aus dieser Katastrophe: die proletarische Revolution, die Enteignung der Monopolkapitalisten, die Übernahme der Fabriken durch die Arbeiter selbst. Von all dem wollte die SPD nichts wissen. Auf Arbeiter, die den Kampf aufnahmen, ließ sie schießen. Sie versagte so gründlich, daß sie 1930 mit Schimpf und Schande wieder aus der Regierung austreten mußte. Von nun an regierten die Reaktionäre mit Hilfe der Notstandsgesetze.

Die SPD und die Nazis

Die Faschisten fanden schließlich doch noch einen kapitalistischen "Ausweg" aus der Krise: Sie kurbelten die Rüstungswirtschaft an. Dadurch konnten sie zwar die Arbeitslosigkeit beseitigen, bereiteten aber gleichzeitig den zweiten Weltkrieg vor. Damals saß unter den wirtschaftswissenschaftlichen Beratern der Nazis Herr Karl Schiller. Derselbe Schiller ist heute Wirtschaftsminister der SPD-Regierung. Auch heute steht wieder eine Krise vor der Tür. Wird sie auch nicht so schlimm sein wie die Krise 1929 - 1933, so wird Herr Schiller das, was er bei den Nazis gelernt hat, dort wohl anzuwenden wissen, wobei freilich der "Ausbau" der Bundeswehr nur eine von mehreren Maßnahmen staatlicher Investitionspolitik ist. Als Anfang der dreißiger Jahre die Faschisten immer mächtiger wurden, forderten die Mitglieder der SPD ihre Parteispitze auf, den Kampf gegen die Nazis aufzunehmen. Aber die SPD befahl Ruhe. Und als Hitler an die Macht kam und sofort die KPD verbot, boten die Führer der SPD den Nazis ihre Mitarbeit an. Als die sozialdemokratischen Parteien im Ausland Hitler verurteilten, sagte die SPD sich von ihnen los. Die Gewerkschaften gingen noch weiter: sie sagten sich von der SPD los, um den Nazis ihre Mitarbeit schmackhaft zu machen. Diese letzte, äußerste Schande blieb der SPD nur dadurch erspart, daß die Nazis auf ihre Mitarbeit verzichteten, wie früher Bismarck, und die wichtigsten Leute aus SPD und Gewerkschaften ins Konzentrationslager sperrten oder erschossen. Aber mit eben diesen Faschisten hatte die SPD zusammenarbeiten wollen. Die wenigen ehrlichen Sozialisten, die damals noch in der SPD waren, verbluteten in den Konzentrationslagern der Nazis oder wurden auf immer verkrüppelt.

Die SPD ist keine Arbeiterpartei

Die Parteibürokraten, die nach 1945 die Politik der SPD bestimmten, haben nichts daraus gelernt. Wo immer jemand gegen die verräterische Politik der SPD in ihren eigenen Reihen protestierte, wie vor allem der Sozialistische Deutsche Studentenbund, wurde er aus der SPD ausgeschlossen. Übrig blieb schließlich eine Parteibürokratie von schlechten Schmierenkomödianten, die versuchten, sich bei den Arbeitern anzubiedern, und eine Clique von Verrätern, die sich nicht scheute, mit dem Faschisten Kiesinger in die große Koalition zu gehen, die Notstandsgesetze zu erlassen und so weiter. Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ist die Geschichte des Verrats und der Niederlage der Arbeiterbewegung in Deutschland. Jetzt heben die Arbeiter - vielleicht schon ohne Hoffnung - die SPD in die Regierung gewählt.

Die SPD hat den Wahlkampf unter der Parole "wir haben die richtigen Männer" geführt. Eins ist sicher: Die Arbeiter, die der SPD zu ihrem Wahlsieg verholfen haben, haben das nicht im Glauben an die SPD Bundesligamannschaft und W. Brandts rauchzarter Stimme getan. Die Krise von 1966/67 hat zu einer breiten, wenn auch noch schwach ausgeprägten Politisierung großer Fraktionen der deutschen Arbeiterklasse geführt. Das hat sich in den - wenn auch viel zu schwachen - Abwehrmaßnahmen gegen die Notstandsgesetze gezeigt, sowie in sozialpolitischen Aktionen, wie der Rote-Punkt-Kampagne, und vor allem in der spontanen Streikbewegung in diesem September, die die größte in der Geschichte der Bundesrepublik war und sich ausdrücklich gegen die Gewerkschaften gerichtet hat. Das alles hat der deutschen Arbeiterschaft klar gezeigt, daß es auch im Staat anders werden muß. Deshalb war überall ihr erstes Ziel die Beseitigung der CDU Regierung. Tatsächlich gibt es auch einen Unterschied zwischen CDU und SPD: die CDU setzt sich für eine verstärkte wirtschaftliche Konkurrenz mit den USA ein, um zugleich militärisch mit ihnen umso enger zusammenzuarbeiten. Das erfordert eine verstärkte Aufrüstung und die technische Verbesserung der westdeutschen Industrie. Die Konsequenz davon ist eine Lohnstagnation und der weitere Abbau der ohnehin windigen und zweifelhaften "Demokratie" durch Notstandsgesetze, um die Kämpfe der Arbeiter, Streiks und Straßendemonstrationen, mit polizeistaatlichen Mitteln zerschlagen zu können.

Die SPD vertritt dem gegenüber eine Wirtschaftspolitik, die Krisen durch den vorsichtigen Abbau von Überkapazitäten entgegenwirken soll und durch die Konkurrenz innerhalb der EWG die europäische Industrie allererst für den Konkurrenzkampf mit den USA fit machen soll. Auch auf diese Weise läßt sich aber eine Wirtschaftskrise nicht verhindern. Deshalb wird auch die SPD Regierung gegen die immer mehr zu politischem Bewußtsein gelangenden Arbeiter vorgehen müssen. Das will sie - laut W. Brandt - dadurch erreichen, daß sie Gewerkschaftsbonzen und Demagogen wie Walter Arendt, Georg Leber und Herbert Wehner, denen sie dazu hohe Ämter verleiht, den Arbeitern vorzeigt. Die Arbeiter haben aber in den September Streiks gezeigt, daß sie sich nicht unbedingt durch scheinbar "proletarische" Bullerjahns, wie Herbert Wehner, die Ohren vollschwätzen lassen. Dann wird freilich auch die SPD Regierung die von ihr verabschiedeten Notstandsgesetze brauchen. Das setzt freilich voraus, daß die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften durch Jahrzehnte sytematisch entpolitisierten und entmündigten Arbeiter sich ihrer geschichtlichen Erfahrungen erinnern und die Regierungspolitik der SPD genau unter die Lupe nehmen und ihre Konsequenzen ziehen.

→

werkschaften, die seit gut hundert Jahren für die deutsche Demokratie gekämpft haben." Wir denken an die Zustimmung zum Ersten Weltkrieg, an die blutige Niederschlagung der Novemberrevolution, an die Ermordung von Rosa Luxemburg, an die Anbiederungsversuche bei den Nazis, an die Notstandsgesetze usw. Weiter heißt es: "Auf Dauer können Stabilität und Wachstum nur in einer funktionsfähigen marktwirtschaftlichen Ordnung (!) erreicht werden." "Marktwirtschaftliche Ordnung" das ist eine Ordnung, in der die Unternehmer herstellen lassen, was sie wollen, soviel sie können -- egal ob das einer braucht oder nicht. Und in der der Arbeiter gezwungen ist, seine Arbeitskraft für einen schäbigen Lohn zu verkaufen. "Marktwirtschaftliche Ordnung", das ist eine Ordnung, wo die Arbeiter arbeiten müssen und die Unternehmer verdienen. "Marktwirtschaftliche Ordnung" - das heißt Kapitalismus! Wenn die SPD sich dazu bekennt, so ist das ein eindeutiges Bekenntnis zum Kapitalismus, zu den Interessen der Unternehmer! Zugleich spricht Herr W. Brandt sich gegen jegliche Antastung der Rechte des Großkapitals aus: " Wir haben nicht(!) die Absicht, bestehende Vermögen...anzutasten." - Auf der anderen Seite gibt es noch nicht einmal eine Zusicherung der Mitbestimmung. (So zweifelhaft "Mitbestimmung" auch ist, wo doch nur Selbstbestimmung den Arbeitern Sicherheit verschaffen kann!) Dafür fallen einem in der Regierungserklärung einige denkwürdige Punkte auf, die sich nur verstehen lassen, wenn man weiß, daß wieder eine Krise wie die von 1966/67 vor der Tür steht, daß solche Krisen dadurch gekennzeichnet sind, daß die Marktlage so ungünstig ist, daß die Untenehmer nicht mehr investieren wollen, weil sie keine guten Geschäfte machen können, daß deshalb die Nachfrage nach Arbeitskräften gering ist und viele stempeln gehen müssen. Daß nun nur noch der Staat eingreifen kann, indem er Aufträge vergibt.

Solche Aufträge sind reichlich geplant: einerseits wird der "Friedens- und Abrüstungswille" der Regierung hervorgehoben, andererseits heißt es : in der Bundeswehr "entspricht der Stand der Ausbildung und Ausrüstung nicht überall den Aufträgen". Das heißt nichts anderes als Aufrüstung! "Schafft ein waffenklirrendes Heer" - sagt die SPD nicht. Das ist eben der "neue Ton". Adenauer warnte noch vor den "Soffjets", die uns angeblich alles wegnehmen wollen. In Wirklichkeit brauchte er nur einen Grund, um der Bevölkerung die Investitionen in der Rüstungsindustrie plausibel zu machen. Dazu mußte eben ein Feind her. Die SPD ist da viel feinsinniger. Sie sagt, "unsere Soldaten sind nicht gut genug ausgerüstet." Wozu die Bundeswehr noch mehr Starfighter braucht (100 sind gerade abgestürzt), dazu sagt die SPD nichts. aber es hört sich so an, als ob die Soldaten das zu ihrem Wohlbefinden brauchten!!

Noch nobler klingen Herrn Brandts Sätze zur Ausbildungsfrage: "Das Ziel ist die Erziehung eines kritischen, urteilsfähigen Bürgers, der im Stande ist, durch einen permanenten Lernprozeß die Bedingungen seiner sozialen Existenz zu erkennen und sich ihnen entsprechend zu verhalten. "Das klingt ja schon richtig sozialistisch! Bloß, wenn die Schüler, wie Herr Brandt, "die Bedingungen ihrer sozialen Existenz" in der "marktwirtschaftlichen Ordnung"(sprich:im Kapitalismus!) erkennen, dann ist am Ende nicht - wie Brandt meint - "die Schule die Schule der Nation," sondern der Streik die Schule der Arbeiterklasse und die "marktwirtschaftliche Ordnung" ist bald nicht mehr da. Aber eigentlich meint Herr Brandt auch was ganz anderes, als seine gestelzten Worte vermuten lassen. Er sagt nämlich, daß es darum geht, "Menschen und Mittel so einzusetzen, daß ein optimaler Effekt erzielt wird." Die Industrie muß mehr automatisieren; deshalb muß die Qualifikation der Arbeitskraft verbessert werden. Also muß die Regierung Geld für Schulen ausgeben. Dann können die Arbeiter mehr produzieren, ihre Arbeitskraft kann besser ausgebeutet werden. Die SPD-Regierung hat eine Art, sich sehr vornehm auszudrücken. Sie verspricht allen etwas. Nur wennman genau hinhört, hört man, daß sie im Grunde nur eins versprechen: Wir werden alles tun, damit die Arbeiter weiterhin ihre Haut zu Markte tragen, und die Unternehmer daran verdienen.

Es wird vielleicht nicht lange dauern, bis die Arbeiter die arbeiterfeindlichen Machenschaften der SPD-Regierung durchschauen: während der Unternehmer Rosenthal als SPD-Abgeordneter in den Bundestag einzog, traten die Arbeiter der Firma Rosenthal in den Streik. Das ist eine wahrhaft vorbildliche Haltung!

Der Ordnung wegen

Während der wilden Streiks rannten die Gewerkschaften hinter den Arbeitern her, um sie ja noch rechtzeitig einzuholen. Durch vorgezogene Tarifverhandlungen haben sie sie auch teilweise beschwichtigen können. Gleichzeitig versuchten sie, die streikenden Arbeiter zu spalten, indem sie deren Forderungen nach höheren Löhnen zwar als berechtigt anerkannten, aber die diffamierten, die die Forderungen konsequent vertraten. So kritisierte Brenner den Betriebsrat der Klöckner - Werke Bremen scharf, weil er weiterhin auf der 70 - Pfennig Forderung der Arbeiter beharrte, die Betriebsleitung aber nur 40 Pfennig geben wollte. (Die 70 Pfennig setzten sich aus der Lohndifferenz zum Ruhrgebiet, 40 Pfennig, und 30Pf. Zulage, die in der Krise 1966/67 gestrichen wurden, zusammen.) Weiter warf Brenner dem Betriebsrat vor, daß " 'politisch extrem orientierte Kräfte' versucht hätten auf Kosten der Organisation und der Gutgläubigkeit der Arbeitnehmer ihr politisches Geschäft zu machen." (HT.13.9.69)

Auch die IG-Bergbau weiß, welche Mittel man am besten anwendet, um unzufriedene Mitglieder mundtot zu machen. Sie wies die , die aufmuckten, einfach darauf hin, daß die Knappschaft die Krankenversicherung entziehe. So gelang es ihr, die Sprecher der Streikenden zum Schweigen zu bringen und als alleiniger Partner der Unternehmer die Verhandlungenzu führen. In Dortmund mußte ein Schlosser der Schachtanlage "Fürst Hardenberg", den die Kollegen zu den Verhandlungen geschickt hatten, zu ihnen zurückkehren mit den Worten:" Es ist nichts mehr drin!" Die Kollegen wußten sich zu erzählen, daß ihrem Sprecher sowohl von den Unternehmern als auch von der Gewerkschaft gesagt worden

war, er müsse für alle Schäden persönlich aufkommen. (HT.13.9.69)

In den September Streiks haben zum ersten Mal in größerem Ausmaß die Arbeiter versucht, sich von der Gängelung durch die Gewerkschaften loszureißen und ihre Interessen selbst zu vertreten. Das konnten die Gewerkschaften nicht zulassen. So wie in der Montanmitbestimmung - im Bergbau und in der Stahlindustrie, wo Vertreter der Gewerkschaften mit im Aufsichtsrat sitzen und den Posten des Arbeitsdirektors innehaben, - so auch in der Konzertierten Aktion sind die Gewerkschaften zur Stütze des Kapitals geworden. Ihre Funktion ist es, die Gesetze und die "Ordnung " der kapitalistischen Produktionsweise aufrecht zu erhalten und gerade soviel für die Arbeiter zu tun, daß diese "Ordnung" nicht gefährdet wird. Deshalb setzten sie die unter Druck, die sich von den Gewerkschaften zu lösen versuchten, um nicht selbst unter dem Druck der Arbeiter eine andere Politik machen zu müssen.
"Der Ordnung wegen" hat die IG-Bergbau auch die Zahlung von Streikgeldern verweigert. Dabei versteckt sie sich hinter ihrer Satzung, die eine Urabstimmung und die Genehmigung eines Streiks durch den Gewerkschaftsvorstand vorschreibt. Dabei bestreitet sie natürlich, daß sie damit den Streikenden in den Rücken gefallen ist, "da die IG-Berbau ihre Haltung nicht publiziert habe, sei sie den Arbeitgebern nicht bekannt geworden und habe dadurch auch nicht die Position der Streikenden schwächen können."(FR.24.10.69) Aber es ist auch garnicht notwendig, das zu veröffentlichen, damit die Unternehmer es wissen. Denn die Vertreter der Gewerkschaften sitzen zusammen mit den Unternehmern im Aufsichtsrat, und sind nichts anderes als der verlängerte Arm der Unternehmer selbst. Deshalb auch wird die IG-Bergbau wohl kaum einen Streik billigen. Ihr Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Unternehmern ist so groß, daß sie nach dem Streik der Entlassung verschiedener Betriebsräte zugestimmt hat. Der Ordnung wegen. - Wohl auch aufgrund seines Verantwortungsbewußtseins und seiner Liebe zur Ordnung, ist jetzt Walter Arendt, der bisherige Vorstandsvorsitzende der IG-Bergbau, zum Bundesarbeitsminister gemacht worden.

Wem diese Ordnung ausschließlich nutzt, wird immer klarer. Da wurde in Bochum eine Frau entlassen, die mit ihren Kolleginnen spontan streikte, weil die Betriebsratsvorsitzende fristlos entlassen worden war. Das Bundesarbeitsgericht entschied jetzt: Arbeiter und Angestellte, die sich aneinem wilden Streik beteiligen, begehen Arbeitsvertragsbruch. Sie können deshalb "aus wichtigem Grund" wegen Arbeitsverweigerung fristlos entlassen werden. Die Firma braucht aber nicht alle Streikenden zu entlassen. Undder DGB meint dazu:Da es sich um einen wilden Streik gehandelt habe, sei die Gewerkschaft nicht unmittelbar betroffen. Bei einem wilden Streik könne in rechtlicher Hinsicht auch nicht anders entschieden werden.(FR.22.10.69) Das zeigt ganz klar, daß die Gewerkschaften nur dann ihre Mitglieder schützen, wenn sie das Bündnis zwischen Unternehmern und Gewerkschaft nicht stören.

Der Fall Schütter bei der Klöckner - Hütte

Auch die Betriebsleitung der Klöckner -HütteBremen will den stellvertretenden Betriebsratvorsitzenden, Bonno Schütter, loswerden. Die Gewerkschaft wird sich ihr dabei nicht in den Weg stellen. B.Schütter wurde am 6.10. fristlos entlassen. Die Begründung: Im Streik habe er die Arbeiter zum Durchhalten aufgefordert. Und er soll sie aufgefordert haben, den Mischer, der mit flüssigem Roheisen gefüllt war, nicht zu leeren. Diesen Mischer hatte die Betriebsleitung am nachmittag, nachdem der Streik begonnen hatte, extra noch einmal auffüllen lassen, um die Streikenden zur Arbeit zu zwingen. Die Nichtentleerung des Mischers war mit der Solidarität der Arbeiter untereinander das einzige, was sie der Macht der Unternehmer entgegensetzen konnten. Bonno Schütter wird nun von der Betriebsleitung zum'Rädelsführer" gemacht, damit sie ihn besser feuern kann. Der Betriebsleitung und der Gewerkschaft ist er schon lang ein Dorn im Auge. Anfang Juni 68 wurde er schon einmal entlassen. Ende Mai 68 hatte der Betriebsrat mit Schütter durchgesetzt, daß die Belegschaft an einer Kundgebung gegen die Notstandsgesetze teilnehmen konnte. Eine entsprechende Mitteilung an die Presse war nur der Anlaß, Schütter loszuwerden. Er war unbequem, weil es dem Betriebsrat, gestützt auf die Belegschaft, immer wieder gelungen war, durch Kampfmaßnahmen wie Verweigerung von Überstunden, Teilstreiks usw. ihre Forderungen durchzusetzen. Auch der Gewerkschaft ist er unbequem, weil Schütter Kritik an der Praxis der Mitbestimmung, d.h. am Arbeitsdirektor und an der Lohnpolitik der Gewerkschaft übte. Der IG-Metall -Spitze ist mehr an dem Funktionieren der Mitbestimmung und an dem Posten des Arbeitsdirektors gelegen, als an der Interessenvertretung der Arbeiter. Deshalb konnte sie nur solche Leute im Betriebsrat gebrauchen, die sie bei ihrer Mauschelpolitik nicht störten.

So verhinderte sie, daß Bonno Schütter im Sommer, bei den Neuwahlen zum Betriebsrat, auf der offiziellen Liste der IG-Metall kandidierte. Als der dann mit 41 Kollegen eine eigene Liste aufstellte, wurde gegen alle 42 ein Ausschlußverfahren eingeleitet.

Die Arbeiter der Klöckner - Hütte erteilten bei der Wahl der offiziellen Liste und damit der Politik der IG-Metall eine eindeutige Absage. Trotzdem läuft das Ausschlußverfahren weiter. Da ist nicht zu erwarten, daß die Gewerkschaft sich dafür einsetzt, daß Schütters Entlassung rückgängig gemacht wird.

Aber auch wenn Bonno Schütter draußen ist, werden die Klöckner Arbeiter ihren Kampf gegen die Unternehmer und die mit ihnen verbündeten Gewerkschaftsbürokraten weiterführen. Durch die Machenschaften gegen den Genossen Schütter, werden sich die politischen Arbeiter von Klöckner nicht einschüchtern lassen. In den September Streiks hat sich deutlich gezeigt, daß die Zeit, in der sich die Arbeiter alles gefallen ließen, zu Ende ist.